# Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden Laden & Comp., Nr. 1268

**Organ für das werktätige Volk**

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden und Sächsische Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn mit den wöchentlichen Beilagen „Arbeit und Arbeit" und „Volk und Zeit" für einen halben Monat 1 M. Einzelnummer 10 Pf. **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung

**Schriftleitung:** Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Geschäftsstelle:** Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261 und 12707. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

**Anzeigenpreis.** Grundpreise: die 29 mm breite Nonpareillezeile 30 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 1,50 M., für auswärtige Anzeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefniederlegung 10 Pf.

Nr. 68 | Dresden, Montag den 22. März 1926 | 37. Jahrg.


# 12 Millionen?

Der Reichswahlleiter hat bisher vorläufige amtliche Ergebnisse aus **sieben Wahlkreisen** von 35 erhalten, darunter die Wahlkreise Groß-Berlin, Düsseldorf-Ost, Düsseldorf-West, Pfalz und Leipzig, über die bereits berichtet worden ist. Neu hinzugekommen sind bis Sonnabend die Ergebnisse der Wahlkreise **Baden und Köln-Aachen.**

**In Baden sind insgesamt 499 233 Eintragungen erfolgt. Das sind 34,6 Prozent der Wahlberechtigten. Bei der letzten Reichstagswahl erhielten Sozialdemokraten, Kommunisten und Unabhängige zusammen 270 235 Stimmen. Es ergibt sich also, daß sich bei dem Volksbegehren 228 998 Personen mehr eingezeichnet haben als bei der letzten Reichstagswahl für die drei Parteien stimmten. Die Zahl der Eintragungen beträgt 184,9 Prozent der Stimmenzahl bei der Reichstagswahl.**

**In Köln-Aachen haben sich eingezeichnet 353 865 Personen. Bei der letzten Reichstagswahl wurden für die drei Parteien 223 091 Stimmen abgegeben. Der Zuwachs beträgt also 130 774 Stimmen oder die Zahl der Einzeichnungen ist 158,9 Prozent der Stimmenzahl bei der Reichstagswahl.**

**In den sieben Kreisen von 35 wurden zusammen 3 806 152 Eintragungen gezählt.**

Nach den bisher vorliegenden Ergebnissen läßt sich sagen, daß die Zahl der Eintragungen insgesamt **eher über als unter 12 Millionen** liegen wird. Die Zahlen aus **Baden und Köln-Aachen zeigen auf das deutlichste, wie stark die Beteiligung weitester bürgerlicher Kreise** bis in die Reihen der **Deutschnationalen hinein am Volksbegehren gewesen ist. Jedenfalls darf man nach diesen Ergebnissen dem Volksentscheid mit großen Hoffnungen entgegensehen.**

•

### Günstiges schlesisches Resultat

Waldenburg, 21. März. (Eig. Drahtn.) Im Kreise **Waldenburg** (niederschlesisches Industriegebiet) hat sich über die Hälfte der Wahlberechtigten in die Liste zum Volksbegehren eingetragen. Nach den bisherigen Ermittlungen wurden im Stadtkreis 12 854 und im Landkreis 43 346, also insgesamt 56 200 Eintragungen gezählt. Das sind im Stadtkreis 45,5 Prozent und im Landkreis 65 **Prozent der Wahlberechtigten.** Einzelne Industrie- und Landgemeinden Niederschlesiens erreichten eine Beteiligung von 80 bis 85 Prozent.

•

### Das sächsische Ergebnis

Ueber das vorläufige Gesamtergebnis der Eintragungen zum Volksbegehren auf Enteignung der Fürsten liegen für den Freistaat Sachsen nunmehr folgende Zahlen vor. Danach wurden im

**Freistaat Sachsen 1 542 339 Stimmen**

abgegeben. Die Vergleichszahlen von 1925 (Reichspräsidentenwahl) lauten: Wahlberechtigte: 3 258 895, Soz. 934 398, **Komm. 204 163, Demokraten 169 245.**

**Die Stimmen verteilen sich auf die einzelnen Wahlkreise wie folgt:**

**28. Wahlkreis (Dresden-Bautzen) 545 878 Stimmen.** (Vergleichszahlen vom 29. März 1925: Gesamtzahl der Stimmberechtigten 1 230 364, abgegebene Stimmen 912 097, Soz. 366 081, Komm. 86 656, Demokraten 98 000.)

**29. Wahlkreis (Leipzig) 413 316 Stimmen.** (Vergleichszahlen vom 29. März 1925: 868 875 Wahlberechtigte, abgegebene Stimmen 668 400, Soz. 275 551, Komm. 67 668, Demokraten 44 000.)

**30. Wahlkreis (Chemnitz-Zwickau) 577 165 Stimmen.** (Vergleichszahlen vom 29. März 1925: 1 064 656 Wahlberechtigte, abgegebene Stimmen 814 241, Soz. 292 761, Komm. 90 864, Demokraten 86 700.)

# Fort mit diesem Landtag!

Im Landtag ist von unsern Genossen am 22. März folgender Antrag eingebracht worden:

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag löst sich auf.

Arzt, Edel, Dennhardt, Graupe, Hantzsch, Kramer, Liebmann, Mucker, Menke, Nebrig, Frau Thümmel, Tempel, Sachs, Frau Schlag, Frau Schilling, Schwarz, Weckel.

In Uebereinstimmung mit der sächsischen Landesversammlung vom 31. Januar stellte die sozialdemokratische Landtagsfraktion am 2. Februar die Anträge, den Gemeinden 10 Millionen Mark für Notstandsarbeiten zur Linderung der Not der Erwerbslosen und 10 Millionen Mark zur Linderung **der durch die Wirtschaftskrise in Not Geratenen zur Verfügung zu stellen, außerdem 30 Millionen Mark für die sofortige Inangriffnahme des Wohnungsbaues zu bewilligen.** Der Zweck dieser Anträge war, aus Landesmitteln über die im Etat vorgesehenen Beträge hinaus wenigstens der ärgsten Not der Aermsten des Volkes zu steuern. Die Masse der armen Bevölkerung hat ein Anrecht darauf, daß die Volksvertretung in den schlimmsten Zeiten der Not alle Kräfte einsetzt, die zur Linderung dieser Not bereits gestellt werden können.

Mit diesen Erwartungen gingen unsre Genossen an die Beratung der Anträge in den Ausschüssen, denen die Anträge noch der ersten Beratung im Plenum überwiesen wurden. Daher lehnte die sozialdemokratische Landtagsfraktion auch Anfang Februar den kommunistischen Antrag auf **sofortige** Auflösung des Landtags ab, damit die Volksvertretung noch vor der Auflösung ihre dringendsten Pflichten gegenüber der notleidenden Bevölkerung erfüllen konnte.

Leider hatte sich schon bei der ersten Beratung im Landtage gezeigt, daß die Regierung **nicht** das notwendige Verständnis für die Not der Aermsten im Lande aufbrachte. Der demokratische Finanzminister Dr. Dehne ließ ganz unzweifelhaft erkennen, daß die Regierung alles tun werde, die Annahme der Anträge zu hintertreiben. Dr. Dehne erklärte, es seien bereits erhebliche Beträge im Etat für die Zwecke eingestellt, die die Anträge verfolgen, die Regierung habe nicht die erforderlichen Mittel für die Anträge; der in einem der Anträge vorgeschlagene Weg, die Mittel durch einen 30prozentigen Zuschlag auf die Gewerbe- und die Grundsteuer zu beschaffen, sei ungangbar.

Diese Ablehnung durch die Regierung erhielt ihre beste Illustration durch das Bündel **Steuergesetze**, die dem Landtag vorgelegt wurden und die bedeutende Steuererleichterungen für die Besitzenden bringen.

**Die Regierung erklärte also: Für die sozialdemokratischen Anträge haben wir kein Geld; zugleich aber schlug sie hohe Steuererleichterungen für die Besitzenden vor.**

Bei der Beratung der sozialdemokratischen Anträge in den Ausschüssen zeigte sich, daß die Landtagsmehrheit der Regierung in ihrer Feindschaft gegen diese Anträge Gefolgschaft leistete. **Wochenlang** wurde die Verabschiedung der Anträge in den Ausschüssen saboliert. Statt durch schnelle Erledigung der Anträge den Notleidenden zu helfen, kam es der Mehrheit des Landtags darauf an, die **Entscheidung zu verhindern, um Zeit zu gewinnen.** Schließlich wurden die sozialdemokratischen Anträge in den Ausschüssen abgelehnt.

Die Landtagsmehrheit behauptet, der Zweck der sozialdemokratischen Anträge sei durch die Beschlüsse der Ausschüsse erreicht. In Wirklichkeit haben die Ausschüsse im allgemeinen nach den Anweisungen der Regierung nur den Ausgaben zugestimmt, die im Etat vorgesehen sind. Die Ausschüsse haben es vermieden, weitere Mittel zur Linderung der Not zu bewilligen, weil die Regierung den Besitzenden Steuererleichterungen gewähren will und daher keine Mittel für die Notleidenden bereitstellen kann. So sind Wochen nutzlos verstrichen, der Landtag will vom 25. März bis zum 15. April in die Osterferien gehen, so daß selbst die im Etat vorgesehenen unzureichenden Mittel vielleicht erst Anfang Mai bewilligt werden.

Damit ist die Situation völlig geklärt! Der Landtag hat sich als **unfähig erwiesen, seine Aufgabe zu erfüllen**, ebenso die Regierung. Deshalb müssen der Landtag und die Regierung beseitigt werden. Daher haben unsre Genossen den Auflösungsantrag gestellt.

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hat zu der Situation, die sich aus der Ablehnung der sozialdemokratischen Anträge ergeben hat, am 21. März in einer Fraktionssitzung Stellung genommen.

•

Leider hat die Fraktion aus dieser parlamentarischen Situation nicht die notwendigen Konsequenzen gezogen. In namentlicher Abstimmung hat die Fraktion den Auflösungsantrag mit Mehrheit abgelehnt; 3 Fraktionsmitglieder fehlten.

Im Interesse der Partei muß **aufs tiefste** beklagt werden, daß die Fraktionsmehrheit auch in dieser Situation den Beschlüssen der sächsischen Landesversammlung und des Heidelberger Parteitages entgegenhandelt. Die Fraktionsmehrheit lehnt sich damit nicht nur gegen die sächsische Parteigenossenschaft, sondern gegen die Gesamtpartei auf; sie wird die Folgen davon zu tragen haben.

Die sächsische Parteigenossenschaft wird, von vereinzelten Ausnahmen abgesehen, den **Auflösungsantrag** als Erlösung aus einer unerträglichen Situation begrüßen, und über den Kreis der Partei hinaus wird der Antrag im sächsischen Proletariat ein lebhaftes Echo finden. Der Antrag

# Die Jugend voran!

Von **Hermann Müller**, Franken

**In dieser Woche wird die Sozialistische Arbeiterjugend mit verstärkter Kraft um die Gewinnung neuer junger Anhänger werben. Möge der folgende Artikel unseres Parteivorsitzenden ein Ansporn zur Agitation sein.**

**Red. d. Dr. Volksz.**

Keine Zeit hat so sehr die verständnisvolle Zusammenarbeit von alten und jungen Sozialisten erfordert wie die heutige. Nach einem Zusammenbruch in fürchterlichstem Ausmaß sollte in Politik und Wirtschaft ein tragfähiger Neubau erstehen. Welches Geschlecht hat in einem Menschenalter so viel erlebt wie das in den letzten Jahren des vergangenen Jahrhunderts geborene?

Andrerseits, wie lange hat es gedauert, bis nach diesem entsetzlichen Morden und Gütervernichten die Regierenden der am Weltkrieg beteiligten Völker begriffen hatten, daß nicht alles wieder so werden würde, wie es noch im Jahre 1913 war? Heute haben Währungsverfall, Wirtschaftskrise, Massenarbeitslosenelend und wie die Kriegsfolgen alle heißen, selbst in den Siegerländern die Zahl derer vermehrt, die in der Wiederaufwärmung nationalistischer Hetzmethoden der Vorkriegszeit nicht ein Heilmittel gegen die Schäden der Nachkriegszeit sehen.

Daher in allen Ländern die zunehmende Erkenntnis, daß nur eine gemeinsame Arbeit am europäischen Wiederaufbau die allmähliche Gesundung bringen kann. Dieser Wiederaufbau muß im Geiste der Völkerversöhnung in Angriff genommen werden. **Vollendet** werden kann er aber nur **durch die Jugend von heute.** Bei dieser Arbeit muß unter der Jugend die Sozialistische Arbeiterjugend **führend** sein. Warum? Sie hat schon im Frieden im Geist der Völkerversöhnung gepflegt. Sie hat schon im Frieden ihr ganzes Streben auf die baldige Besserung des Loses der Menschheit gerichtet. So konnten die jungen sozialistischen Arbeiter mit **innerer Teilnahme** an die großen und schweren Aufgaben herangehen, die nach der Revolution und infolge der Schaffung der deutschen Republik **die Mitverantwortung der jungen Generation** erforderten. Nach dem Sturz der Monarchie mußten sie sich nicht auf den bekannten **doppelten Boden der Tatsachen** zu stellen. In ihnen lebte bewußt der Geist der neuen Zeit, in ihre Seele gesenkt als das ideale Erbe der sozialistischen Vorkämpfer unsrer großen Vergangenheit. Nun schreitet dieses ideale Erbe auf allen Fronten des öffentlichen Lebens nach **Verwirklichung.** Die Proklamierung der Republik und ihre Verwurzelung im Verfassungswerk von Weimar sind Tatsachen, die den Fortschritt in der Richtung der freiheitlichen Entwicklung selbst den Blinden zeigen. Jetzt aber gilt es, der Staatsform den sozialen **Inhalt** zu geben. Hier hat die Revolutionszeit zu viel übrig gelassen. Hier muß die Arbeiterjugend einsetzen. Auch der neue Staat ist zunächst noch Klassenstaat. In ihn gilt es einzudringen. Ihn gilt es, sozial **völlig zu durchdringen.** Ihn gilt es für die Arbeiterklasse **zu erobern**, damit er umgestaltet werden kann zum Wohlfahrtsstaat für die werktätigen Massen.

Das wird noch eine **Riesenarbeit** sein. Das Kapital ist noch mächtig. Auch Arbeiterinnen und Arbeiter sind noch zu Millionen ihm geistig zugehörig. Deshalb muß unsre Arbeiterjugend für den Kampf um eine bessere Zukunft das **beste geistige Rüstzeug** mit auf den Weg bekommen. Mit ihrer geistigen Aufrüstung kann **nicht früh genug** begonnen werden. Darum haben alle klassenbewußten Arbeiterinnen und Arbeiter die Pflicht, ihre Mädel und Jungen nach der **Schulentlassung** der Sozialistischen Arbeiterjugend zuzuführen. Auch die Mädel! Die Revolution hat den Frauen die staatsbürgerliche Gleichberechtigung gebracht. Sie bedürfen deshalb der gleichen Schulung wie die Männer. Vor allem brauchen wir die **Frauen** gerade im Kampf gegen den Krieg und für den dauerhaften Frieden der Welt.

Die Jugend hat **Neuland** zu pflügen. Aber auch das kommende Neue ruht auf den besten Ueberlieferungen des Alten. Die sozialistischen Ideale, die unsern Vorkämpfern den **unbedingten Glauben an den Sieg des Sozialismus** gaben, haben heute noch ihren alten Kurswert. Wir müssen der Jugend die Ideale erhalten, die sie befähigen sollen, das zu erfüllen, was uns unsre Vorkämpfer verheißen haben. Dazu brauchen wir eine **körperlich und geistig frische** Arbeiterjugend. Unser Ziel ist und bleibt die Erkämpfung der sozialistischen Gesellschaft, in der die politische und ökonomische Gleichberechtigung durchgeführt ist, in der allein eine wahre Volksgemeinschaft möglich ist. Dieses Ziel **wird** erreicht werden! Die Jugend muß es schaffen! Sie wird es um so eher schaffen, **je mehr Kräfte ihr bald zugeführt** werden. Deshalb, Arbeiterinnen und Arbeiter, **nutzt die Werbewoche** für die Arbeiterjugend! Hinein mit euren Töchtern und Jungen **in unsre Arbeiterjugend**, damit für alle schaffenden Kräfte im deutschen Volke bald eine **neue, eine bessere** Zeit heraufgeführt werde.

## Abrüstungskonferenz im Mai

S. **London**, 22. März. (Eig. Funkspruch.) Observer will wissen, daß die **vorbereitende Abrüstungskonferenz zum 10. Mai** nach Genf einberufen worden ist. Mit Ausnahme Rußlands seien alle Mächte einschließlich Amerika und Deutschland eingeladen worden.

### Der Pressekönig auf dem Parteithron?

D. **Berlin**, 20. März. (Eig. Funkspruch.) In den rechtsradikalen Kreisen der Deutschnationalen taucht der Vorschlag auf, **Hugenberg** zum Parteivorsitzenden der Deutschnationalen zu wählen. Verschiedene Landesverbände hätten die Absicht, diesem Vorschlag beizutreten. Die Macht des Hugenberg, die die ganze Rechtspresse beherrscht, äußert sich immer deutlicher. Vielleicht erklimmt der Pressediktator **auch den Parteithron!**